

DR

POSTLUDIUM

POSTLUDE

MÖGLICHKEITEN



POSSIBILITIES

Beate Rennen-Allhoff

2001

In einem Interview mit der Deutschen Universitätszeitung (DUZ) wurde Ralf Dahrendorf, Soziologe, Professor, Rektor der London School of Economics und des St. Anthony's College in Oxford sowie Politiker auf Landes- und Bundesebene in Deutschland, EU-Kommissar und Mitglied des Britischen Oberhauses, 2001 gefragt: »Stellen Sie sich vor, Sie sind 18 Jahre alt und denken über Ihren Studienbeginn nach. Welches Studium würden Sie heute als junger Mensch in Deutschland aufnehmen?« Seine Antwort lautete 30 Jahre nach Gründung der Fachhochschulen: »Es könnte durchaus sein, dass ich mich heute für einen berufsbezogenen Ausbildungsweg an einer Fachhochschule oder einer Berufsakademie entscheiden würde.«¹

¹ Oxford ist kein Modell. Interview mit Ralf Dahrendorf, in: Deutsche Universitätszeitung (DUZ), 18/2001, S. 10–13, hier S. 12.

2001

In an interview with the Deutsche Universitätszeitung (DUZ) in 2001, Ralf Dahrendorf, sociologist, professor, Rector of the London School of Economics and St. Anthony's College in Oxford, as well as politician at state and federal level in Germany, EU commissioner and member of the British House of Lords, was asked, »Imagine you are 18 years old and thinking about starting university. As a young person in Germany today, what course of study would you take?« His answer, 30 years after the founding of the universities of applied sciences, was: »It could well be that today I would choose a vocational training path at a university of applied sciences or a vocational academy.«¹

¹ Translated according to Oxford ist kein Modell. Interview mit Ralf Dahrendorf, in: Deutsche Universitätszeitung (DUZ), 18/2001, pp. 10–13, here p. 12.

Um diese Antwort einordnen zu können, ist eine andere Stelle dieses Interviews bedeutsam: »Rein von dem System her scheint mir das englische den großen Vorteil zu haben, dass es frühzeitig jungen Menschen einen Abschluss bietet, der sie in viele berufliche Wege führen kann und gleichzeitig Türen offen lässt für Graduiertentätigkeit.«²

1971

Solche Zielvorstellungen hatten in den 1960er-Jahren bereits den von der baden-württembergischen Landesregierung eingesetzten Arbeitskreis zur Erarbeitung eines Hochschulgesamtplanes unter dem Vorsitz von Dahrendorf geleitet. Bemerkenswert waren in dem vorgelegten Plan die Einbeziehung aller postsekundären Bildungsgänge und die Idee einer Gesamthochschule mit sechssemestrigen Kurzstudiengängen und Langstudiengängen. Diese Idee hat sich damals nicht durchgesetzt; stattdessen wurden Fachhochschulen als zweite Säule des Hochschulsystems gegründet. Die wenigen Gesamthochschulen, die in Nordrhein-Westfalen und Hessen entstanden, hatten es eilig, die fachhochschulischen Studiengänge loszuwerden und sich Universität nennen zu dürfen, denn die beiden Säulen hatten die Konnotation von unterschiedlichen Begabungen mit korrespondierenden beruflichen Anforderungen sowie der Erst- versus Zweitklassigkeit.

Aber auch in den Köpfen mancher Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen war dieser Säulengedanke offenbar noch 30 Jahre nach Gründung der Fachhochschulen verankert. Als der damalige Rektor der FH Bielefeld, Prof. Dr. Heinrich Ostholt, um die Jahrtausendwende eine Arbeitsgruppe zur Förderung des Stipendiatenwesens ins Leben rufen wollte, bemerkte ein bei der konstituierenden Sitzung anwesender Kollege: »Solche Studenten haben wir nicht.« Diese resignierte Aussage hat mich damals aus mehreren Gründen erschüttert und sich wohl deshalb fest in mein Gedächtnis eingebrannt. Sie stand in krassm Widerspruch zu meinen Erfahrungen im Fachbereich Pflege und Gesundheit, in dem ein hoher Prozentsatz der Studierenden mit Bewerbungen bei den Begabtenförderwerken erfolgreich war. Auch war die spontane Reaktion: Wenn wir solche Studierenden wirklich nicht hätten, müssten wir sehen, dass wir sie bekommen!

2001

Im Jahr 2001 konnte Dahrendorf in dem eingangs erwähnten Interview mit einer gewissen Genugtuung feststellen, dass die Überlegungen aus den 1960er-Jahren im Zuge des sogenannten Bologna-Prozesses wieder aktuell waren. In der Bologna-Erklärung hatten sich 1999 die 29 unterzeichnenden europäischen Länder zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Hochschulraumes bis zum Jahr 2010 verpflichtet.³ Bis dahin sollte ein zweistufiges System berufsqualifizierender

2 DUZ, 18/2001, S. 10. Anne Jung, Redaktionsassistentin im DUZ Verlags- und Medienhaus GmbH, Berlin, bin ich sehr dankbar dafür, dass sie in Zeiten geschlossener Bibliotheken geholfen hat, dieses Interview zu lokalisieren und mir dann den Text zur Verfügung gestellt hat.

3 Der Europäische Hochschulraum – Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister, 19. Juni 1999, Bologna, in: https://www.bmbf.de/files/bologna_deu.pdf (4.10.2020).

In order to be able to classify this answer, another passage of this interview is significant: »Purely in terms of the system, it seems to me that the English one has the great advantage that it offers young people a degree early on that can lead them into many career paths and at the same time leaves doors open for graduate work.«²

1971

In the 1960s, such objectives had already guided the working group set up by the Baden-Württemberg state government to draw up an overall university plan under the chairmanship of Dahrendorf. Noteworthy in the plan presented were the inclusion of all post-secondary courses and the idea of a comprehensive university with six-semester short courses and long courses. This idea did not catch on at the time; instead, universities of applied sciences were established as the second pillar of the higher education system. The few comprehensive universities (Gesamthochschulen) that came into being in North Rhine-Westphalia and Hesse were in a hurry to get rid of the study programmes at the universities of applied sciences and be allowed to call themselves universities, because the two pillars had the connotation of different talents with corresponding professional requirements as well as first- versus second-class status.

But this pillar idea was apparently still anchored in the minds of some professors at the universities of applied sciences 30 years after they were founded. When the then Rector of the Bielefeld UAS, Prof. Dr. Heinrich Ostholt, wanted to set up a working group to promote scholarship at the turn of the millennium, a colleague present at the constituent meeting remarked: »We don't have students like that.« This resigned statement shook me for several reasons at the time and is probably why it is burnt firmly into my memory. It was in stark contrast to my experience in the Faculty of Nursing and Health, where a high percentage of students were successful in applications to Begabtenförderwerken (agencies for promoting young talent). Also, my spontaneous reaction was: If we really didn't have such students, we would have to see that we get them!

2001

In 2001, in the interview mentioned at the beginning of this article, Dahrendorf was able to state with a certain satisfaction that the considerations from the 1960s were again topical in the course of the so-called Bologna Process. In the 1999 Bologna Declaration, the 29 signatory European countries committed themselves to creating a common European higher education area by 2010.³ By then, a two-tier system of degree programmes leading to professional qualifications was to be established, mobility was to be facilitated through a credit point system and quality development mechanisms were to be implemented.

2 Translated according to DUZ, 18/2001, p. 10. I am very grateful to Anne Jung, editorial assistant at DUZ Verlags- und Medienhaus GmbH, Berlin, for helping to locate this interview in times of closed libraries and then making the text available to me.

3 Der Europäische Hochschulraum – Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister, 19. Juni 1999, Bologna, in: https://www.bmbf.de/files/bologna_deu.pdf (4.10.2020).

Studiengänge etabliert sein, über ein Leistungspunktesystem die Mobilität erleichtert werden und es sollten Mechanismen der Qualitätsentwicklung realisiert werden.

Diese Planungen stießen bei den Hochschulen zum Teil auf Ablehnung, was auch mit den Bedingungen der Umsetzung zu tun hatte. Die Umstellung musste ohne zusätzliche Ressourcen im laufenden Betrieb erfolgen, das heißt, es mussten neue Studiengänge und Prüfungsverfahren konzipiert und eingeführt werden, während die bisherigen Studiengänge für alle Studierenden, die in diesen Studiengängen begonnen hatten, fortgeführt werden mussten. Zudem mussten die neuen Studiengänge von externen Agenturen akkreditiert werden. Dies kostete zusätzliche Ressourcen. In Nordrhein-Westfalen kam hinzu, dass die Hochschulen infolge des 1999 beschlossenen sogenannten Qualitätspakts Stellen abbauen mussten. An der FH Bielefeld ging es dabei um 19 Stellen.⁴ In dieser Situation bestand die Gefahr, dass die Hochschulen – zum Teil der Not gehorchend – versuchen würden, so viel vom Vorhandenen zu retten wie möglich. Dabei war die Ausgangssituation an Universitäten und Fachhochschulen unterschiedlich: Bei den Universitäten sah man das Ziel der Employability zum Teil als nicht mit dem eigenen Bildungsauftrag vereinbar an und neigte dazu, das bisherige Vordiplom oder die Zwischenprüfung als Bachelor umzuetikettieren. Bei den Fachhochschulen gab es das Risiko, dass die bisherigen Praxisphasen gestrichen, das verbleibende Programm in die zunächst verbindlich vorgegebenen sechs Semester eines Bachelorstudiengangs gequetscht und die Praxisorientierung damit geschwächt und die Studiengänge überladen würden.

Andererseits sahen viele Fachhochschulen die gestufte Studienstruktur als Chance, die Durchlässigkeit im tertiären Bereich zu erhöhen und so die Attraktivität ihres Angebotes zu steigern. Hier war allerdings zunächst ein Hindernis zu überwinden. Die Innenministerkonferenz beabsichtigte, die bisherige Versäulung des Hochschulbereichs zu perpetuieren, indem die Bachelorabschlüsse an Universitäten und Fachhochschulen sowie die Masterabschlüsse der Fachhochschulen als Eingangsqualifikation für den gehobenen Dienst und nur die Masterabschlüsse der Universitäten als Voraussetzung für den höheren Dienst anerkannt werden sollten. Zwar war der öffentliche Dienst nur für wenige Studierende an den Fachhochschulen ein berufliches Ziel, doch hätte diese Zuordnung ein verheerendes Signal hinsichtlich der Wertigkeit der Abschlüsse bedeutet. Energischer Widerstand der Fachhochschulen und die Unterstützung der Kultusministerkonferenz führten hier zunächst zu einer Kompromissformel:⁵ Im Akkreditierungsprozess konnten Fachhochschulen die Feststellung der Eignung eines Masterstudiengangs für den höheren Dienst beantragen. Da in der Folge alle diese Anträge positiv beschieden wurden, ließ man dieses spezielle Erfordernis 2007 fallen.⁶

Insbesondere in den Ingenieurwissenschaften trennten sich die Hochschulen nur sehr ungern von den bisherigen Abschlussbezeichnungen (Diplom-Ingenieurin/

4 Kurioserweise mussten diese Einsparungen später parallel zum Aufbau im Rahmen des Hochschulpaktes fortgeführt werden.

5 Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder/Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Vereinbarung ›Zugang zu den Laufbahnen des höheren Dienstes durch Masterabschluss an Fachhochschulen‹. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 24.5.2002, der Innenministerkonferenz vom 6.6.2002 und der Kultusministerkonferenz vom 6.6.2002.

6 Dies.: Vereinbarung ›Zugang zu den Laufbahnen des höheren Dienstes durch Masterabschluss an Fachhochschulen‹. Beschluss der Innenministerkonferenz vom 7.12.2007 und der Kultusministerkonferenz vom 20.9.2007.

Some of these plans met with rejection from the higher education institutions, which also had to do with the conditions of implementation. The changeover had to take place without additional resources during ongoing operations, i.e. new study programmes and examination procedures had to be designed and established, while the previous study programmes had to be continued for all students who had started in these programmes. In addition, the new study programmes had to be accredited by external agencies. This cost additional resources. In North Rhine-Westphalia, the universities also had to cut jobs as a result of the so-called Quality Pact adopted in 1999. At the Bielefeld UAS, this involved 19 jobs.⁴ In this situation, there was a danger that the universities would try to save as much of what they had as possible, partly out of necessity. The initial situation at the universities and the universities of applied sciences was different: At the universities, the goal of employability was partly seen as incompatible with their own educational mandate and there was a tendency to relabel the previous intermediate diploma or intermediate examination as a Bachelor's degree. At the universities of applied sciences, there was a risk that the previous practical phases would be cancelled, the remaining programme would be squeezed into the initially mandatory six semesters of a Bachelor's degree programme, thus weakening the practical orientation and overloading the degree programmes.

On the other hand, many universities of applied sciences saw the tiered study structure as an opportunity to increase permeability in the tertiary sector and thus enhance the attractiveness of their offerings. Here, however, an obstacle had to be overcome first. The Conference of Interior Ministers intended to perpetuate the previous pillarization of the higher education sector by recognising Bachelor's degrees at universities and universities of applied sciences as well as Master's degrees at the universities of applied sciences as entry qualifications for the administration positions of the civil service (*gehobenen Dienst*), and only Master's degrees at the universities as prerequisites for the executive positions of the civil service (*höheren Dienst*). Although the civil service was a career goal for only a few students at the universities of applied sciences, this allocation would have sent a devastating signal regarding the value of the degrees. Energetic resistance by the universities of applied sciences and the support of the Standing Conference of the Ministers of Education and Cultural Affairs initially led to a compromise formula here:⁵ In the accreditation process, the universities of applied sciences could apply for a Master's programme to be determined as suitable for the higher civil service. Since all of these applications were subsequently approved, this special requirement was dropped in 2007.⁶

In the engineering sciences in particular, universities were very reluctant to part with the previous degree designations (*Diplom-Ingenieurin/Diplom-Ingenieur*) and had doubts about how to communicate the future qualification profiles to the

4 Curiously, these savings later had to be continued in parallel with the build-up under the Higher Education Pact.

5 Standing Conference of the Ministers and Senators of the Interior of the Federal States/ Standing Conference of the Ministers of Education and Cultural Affairs of the States in the Federal Republic of Germany: Agreement ›Access to Careers in the Higher Civil Service through a Master's Degree at Universities of Applied Sciences‹. Resolution of the Conference of Ministers of Education and Cultural Affairs of 24.5.2002, of the Conference of Interior Ministers of 6.6.2002 and the Conference of Ministers of Education and Cultural Affairs of 6.6.2002.

6 Same: Agreement ›Access to Careers in the Higher Civil Service through a Master's Degree at Universities of Applied Sciences‹. Resolution of the Conference of Interior Ministers of 7.12.2007 and the Conference of Ministers of Education and Cultural Affairs of 20.9.2007.

Diplom-Ingenieur) und hatten Zweifel, wie man die künftigen Qualifikationsprofile nach außen vermitteln könnte – »Soll ich sagen, ich komme mit meinem Bachelor auf die Baustelle?« –, aber auch in anderen Bereichen gab es Vorbehalte. In dieser Situation erschien es zweckmäßig, überfachliche Eckpunkte für die neuen Abschlüsse zu formulieren, die nach innen bei der Studiengangentwicklung verbindlich und nach außen kommunizierbar waren. Absolventinnen und Absolventen sollte so einerseits der Übergang in den Arbeitsmarkt und andererseits in weitere akademische Qualifikationswege erleichtert werden; diese Polyvalenz war ein wichtiges Ziel der FH Bielefeld.

In den 2003 im Senat diskutierten und in die folgenden Hochschulentwicklungspläne aufgenommenen Eckpunkten hieß es: »Jeder Bachelorstudiengang vermittelt neben den jeweiligen speziellen fachlichen Kompetenzen

- eine Einführung in das Berufsfeld und Praxiserfahrungen in Form von Praktika, Praxissemestern und/oder Praxisprojekten,
- Methoden wissenschaftlichen Arbeitens,
- fremdsprachliche Kompetenz (verpflichtend Fachenglisch),
- ein Grundverständnis für betriebswirtschaftliche Zusammenhänge,
- die Fähigkeit, Ideen, Konzepte, Projekte oder Produkte in mündlicher, schriftlicher und digitaler Form zu präsentieren, und
- die Fähigkeit, auf dem Hintergrund wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden konkrete Fragestellungen des Berufsfeldes in einem vorgegebenen Zeitrahmen zu bearbeiten.«

Im Hinblick auf Masterstudiengänge wurde festgelegt, dass sie einen klaren Forschungsbezug aufweisen müssten. Diese Eckpunkte erwiesen sich später als gut kompatibel mit dem 2005⁷ erstmalig verabschiedeten und 2017 überarbeiteten Qualifikationsrahmen für deutsche Hochschulabschlüsse.⁸

Parallel zu der Umstellung auf die gestufte Studienstruktur und den Einstieg in die externe Qualitätssicherung durch Programmakkreditierung der Studiengänge wurde der flächendeckende Aufbau eines internen Qualitätsmanagements vorangetrieben. Die erste hochschulweite Evaluationsordnung wurde 2002 verabschiedet: Sie sah regelmäßige Befragungen der Studierenden bei Studienbeginn und -abschluss sowie in der Studienmitte zum Studienprogramm und zu den Studienbedingungen vor, außerdem zu den einzelnen Lehrveranstaltungen. Ausdrücklich stand dahinter nicht die Idee, die »Wahrheit über die Güte« von Veranstaltungen und Programmen zu ermitteln, sondern es sollte darum gehen, Hinweise auf die Akzeptanz zu erhalten und den Einstieg in das Gespräch mit den Studierenden zu finden und so Anhaltspunkte für die Weiterentwicklung zu gewinnen.

Zugleich wurden die Unterstützungsmöglichkeiten für Lehrende deutlich ausgebaut. Gemeinsam mit der Hochschuldidaktischen Weiterbildung NRW (hdw

7 Qualifikationsrahmen für Deutsche Hochschulabschlüsse (im Zusammenwirken von Hochschulrektorenkonferenz, Kultusministerkonferenz und Bundesministerium für Bildung und Forschung, erarbeitet und von der Kultusministerkonferenz am 21.4.2005 beschlossen), in: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2005/2005_04_21-Qualifikationsrahmen-HS-Abschluesse.pdf (25.9.2020).

8 Qualifikationsrahmen für deutsche Hochschulabschlüsse (im Zusammenwirken von Hochschulrektorenkonferenz, Kultusministerkonferenz und in Abstimmung mit Bundesministerium für Bildung und Forschung erarbeitet und von der Kultusministerkonferenz am 16.2.2017 beschlossen), in: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2017/2017_02_16-Qualifikationsrahmen.pdf (25.9.2020).

outside world – »Should I say I'm coming to the construction site with my bachelor?« – but there were also reservations in other areas. In this situation, it seemed expedient to formulate interdisciplinary cornerstones for the new degrees, which were binding internally during programme development and communicable externally. Graduates should thus be facilitated in their transition into the labour market on the one hand and into further academic qualification paths on the other; this polyvalence was an important goal of the Bielefeld UAS.

The key points discussed in the Senate in 2003 and included in the subsequent university development plans stated: »In addition to the respective specific subject-related competences, each Bachelor's degree programme imparts

- an introduction to the professional field and practical experience in the form of internships, practical semesters and/or practical projects,
- methods of scientific work,
- foreign language competence (compulsory subject-specific English),
- a basic understanding of business management contexts,
- the ability to present ideas, concepts, projects or products in oral, written and digital form, and
- the ability to work on concrete questions of the professional field in a given time frame against the background of scientific knowledge and methods.«

With regard to Master's degree programmes, it was stipulated that they would have to have a clear reference to research. These key points later proved to be well compatible with the Qualifications Framework for German Higher Education Qualifications, which was first adopted in 2005⁷ and revised in 2017.⁸

Parallel to the conversion to the tiered study structure and the entry into external quality assurance through programme accreditation of the study programmes, the comprehensive establishment of internal quality management was advanced: The first university-wide evaluation regulations were passed in 2002. It provided for regular surveys of students at the beginning and end of their studies as well as in the middle of their studies on the study programmes and the study conditions, and also on the individual courses. The idea behind this was explicitly not to determine the »truth about the quality« of courses and programmes, but rather to obtain indications of acceptance and to find an entry point for discussion with students and thus gain clues for further development.

At the same time, the support options for lecturers were significantly expanded. Together with the University Didactic Training NRW (hdw nrw), which had one of three locations at the Bielefeld UAS at that time, a university didactic induction programme was developed. In return for participating in this programme, professors were able to

7 Qualifications Framework for German Higher Education Qualifications [developed in cooperation between the German Rectors' Conference, the Standing Conference of the Ministers of Education and Cultural Affairs of the States in the Federal Republic of Germany and the Federal Ministry of Education and Research, and adopted by the Standing Conference of the Ministers of Education and Cultural Affairs of the States in the Federal Republic of Germany on 21.4.2005], in: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschlusse/2005/2005_04_21-Qualifikationsrahmen-HS-Abschlusse.pdf (25.9.2020).

8 Qualifications Framework for German Higher Education Qualifications [developed in cooperation between the German Rectors' Conference, the Standing Conference of the Ministers of Education and Cultural Affairs of the States in the Federal Republic of Germany and in consultation with the Federal Ministry of Education and Research and adopted by the Standing Conference of the Ministers of Education and Cultural Affairs of the States in the Federal Republic of Germany on 16 February 2017], in: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschlusse/2017/2017_02_16-Qualifikationsrahmen.pdf (25.9.2020).

nrw), die einen von damals drei Standorten an der FH Bielefeld hatte, wurde ein hochschuldidaktisches Einarbeitungsprogramm entwickelt. Für die Teilnahme an diesem Programm konnte die Lehrverpflichtung der Professorinnen und Professoren im ersten Jahr der Tätigkeit an der Hochschule reduziert werden. Von anderen Hochschulen wurde dieses Vorhaben zunächst gelegentlich mit Skepsis betrachtet, erforderte es doch hinsichtlich der Reduktion der Lehrverpflichtung eine großzügige Auslegung der Rechtslage, für die der Personalverwaltung der FH Bielefeld großer Dank gebührt. Nachdem Sanktionen ausblieben und die FH Bielefeld für dieses Modell 2005 den Deutschen Arbeitgeberpreis für Bildung erhalten hatte, wurde es zur Blaupause für die hochschuldidaktische Einarbeitung an nordrhein-westfälischen Fachhochschulen. Das Angebot der Hochschuldidaktischen Weiterbildung (hdw) stieß aber auch unabhängig vom Einarbeitungsprogramm auf hohe Akzeptanz und das Netzwerk hdw nrw entwickelte sich zu einem tragfähigen Netzwerk der Fachhochschulen.

2011

Das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends war für die Hochschulen von großer Dynamik geprägt; vor allem in Nordrhein-Westfalen spielte dabei die beträchtliche Erweiterung der Handlungsspielräume der Hochschulen eine herausragende Rolle. Die Hochschulen erhielten zunächst teilweise, dann vollständig, das Berufungsrecht und mit dem 2005 angekündigten und 2007 in Kraft getretenen Hochschulfreiheitsgesetz ging das gesamte Personal vom Land auf die Hochschulen über und diese erhielten zum Beispiel das Recht, in eigener Regie Studiengänge einzurichten oder einzustellen.

Die FH Bielefeld war entschlossen, die neuen Spielräume zu nutzen. Dazu musste sie sich organisatorisch neu aufstellen. Die Fachbereiche erhielten etwa zur Unterstützung der Dekane Stellen für Fachbereichsreferentinnen, die auch in die Studiengangentwicklung und deren Qualitätsmanagement eingebunden waren und deren Aufgabenbereiche von denen der Büroleitungen und Sekretariate abgegrenzt wurden. Die Bedingungen des Einsatzes von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Lehre wurden definiert, die Personalstruktur differenziert und die kaufmännische Buchführung sowie ein Datawarehouse aufgebaut.

Als sich Mitte des Jahrzehnts der Hochschulpakt zwischen Bund und Ländern zur Finanzierung zusätzlicher Studienanfängerplätze abzeichnete, wurde an der FH Bielefeld beschlossen, dies als Chance für den von manchen Fachbereichen gewünschten Aufbau neuer Studiengänge zu nutzen. Ein Schwerpunkt sollte dabei im technischen Bereich gelegt werden, der von den Kürzungen im Rahmen des sogenannten Qualitätspakts besonders betroffen war. So hatte es etwa im Maschinenbau über zehn Jahre keine Neuberufung mehr gegeben.

In dieser Situation bestand allerdings die Gefahr, dass Denominationen in den drei technischen Fachbereichen in Bielefeld sehr breit formuliert würden, um gleich mehrere Lücken zu schließen. Dies hätte die Forschungsmöglichkeiten eingeschränkt und auf qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber abschreckend gewirkt. Die Neuberufenen sollten außerdem die Chance erhalten, sich über die bisherigen Fachbereichsgrenzen hinweg zu vernetzen und Kooperationen aufzubauen. Deshalb

reduce their teaching obligations during their first year at the university. Other higher education institutions initially viewed this project with scepticism, as it required a generous interpretation of the legal situation with regard to the reduction of teaching obligations, for which the personnel administration of the Bielefeld UAS deserves great thanks. After sanctions failed to materialise and the Bielefeld UAS received the German Employer Award for Education for this model in 2005, it became a blueprint for induction in higher education didactics at universities of applied sciences in North Rhine-Westphalia. However, the offer of continuing education in higher education didactics (hdw) also met with a high level of acceptance independently of the induction programme, and the hdw nrw network developed into a sustainable network of the universities of applied sciences.

2011

The first decade of the new millennium was marked by great dynamism for the universities; especially in North Rhine-Westphalia, the considerable expansion of the universities' scope for action played a prominent role. The universities were initially given partial, then complete, appointment rights, and with the Higher Education Pact announced in 2005 and which came into force in 2007, all personnel were transferred from the state to the universities, and the latter were given the right, for example, to set up or end courses of study on their own.

The Bielefeld UAS was determined to make use of the new scope. To do so, it had to reorganise itself. For example, the faculties were given positions for faculty assistants to support the deans, who were also involved in programme development and its quality management and whose areas of responsibility were delimited from those of the office managers and secretariats. The conditions for the use of academic staff in teaching were defined, the personnel structure was differentiated and commercial accounting and a data warehouse were set up.

When the Higher Education Pact between the federal and state governments to finance additional places for new students became apparent in the middle of the decade, it was decided at the Bielefeld UAS to use this as an opportunity to establish new degree programmes, as desired by some faculties. A focus was to be placed on the technical area, which was particularly affected by the cuts in the context of the so called Quality Pact. In Mechanical Engineering, for example, there had been no new appointments for over ten years.

In this situation, however, there was a danger that denominations in the three technical faculties in Bielefeld would be formulated very broadly in order to fill several gaps at once. This would have restricted research opportunities and acted as a deterrent to qualified applicants. The new appointees should also be given the opportunity to network and establish collaborations across the previous faculty boundaries. Therefore, the rectorate made a largely unpopular decision: The three technical faculties in Bielefeld were to be merged, and to prepare for the merger, a working group was set up of people from these faculties who were expected to remain at the university for at least another ten years. In addition, to ensure a functioning self-administration, the small Faculty of Nursing and Health was merged with the Faculty of Business.

traf das Rektorat eine weitgehend unpopuläre Entscheidung: Die drei technischen Fachbereiche in Bielefeld sollten zusammengelegt werden und zur Vorbereitung der Zusammenlegung wurde eine Arbeitsgruppe von Personen aus diesen Fachbereichen eingerichtet, die voraussichtlich noch mindestens zehn Jahre an der Hochschule tätig sein würden. Um eine funktionierende Selbstverwaltung sicherzustellen, wurde außerdem der kleine Fachbereich Pflege und Gesundheit mit dem Fachbereich Wirtschaft vereinigt.

Um die Auslastung der vergrößerten Zahl von Anfängerplätzen zu unterstützen, wurde zudem eine zentrale Stelle für Studienorientierung und Studienmarketing eingerichtet – die Keimzelle der heutigen Studienberatung.

Ein Problem im Hinblick auf die Attraktivität der Hochschule sowie die Ausbaupläne stellte die damalige bauliche Situation dar. Keines der über das Stadtgebiet verteilten Gebäude war für Fachhochschulzwecke errichtet worden, zum Teil wiesen diese Gebäude erhebliche bauliche Mängel auf. Der den einzelnen Bereichen zur Verfügung stehende Raum war historisch gewachsen und nicht auf den aktuellen und geplanten Bedarf abgestimmt, sodass hier kurzfristig ein Ausgleich geschaffen werden musste. Dies stieß insbesondere beim Fachbereich Gestaltung, der über die üppigste Quadratmeterzahl verfügte, naturgemäß auf Widerstand.

Schon der frühere Rektor Heinrich Ostholt hatte nach Möglichkeiten einer räumlichen Konzentration gesucht und die Fläche Am Stadtholz ins Auge gefasst. Dort waren allerdings mit Stacheldraht und Überwachungskameras ausgestattete Behörden untergebracht, deren Verlegung nicht absehbar wurde. Als ideale Lösung erschien dann ein gemeinsamer Campus mit der Universität Bielefeld. Dazu gab es 2005 erste Gespräche mit der Universitätsleitung, die verhindern wollte, dass der Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) als Eigentümer die Reserveflächen im Umfeld der Universität veräußerte und so die Universität langfristiger Entwicklungsmöglichkeiten beraubte. Tatsächlich gelang es, den BLB NRW ins Boot zu holen, der 2007 zunächst einen städtebaulichen Wettbewerb und im folgenden Jahr einen Wettbewerb für Generalplaner realisierte, aus dem 2009 ein Sieger hervorging – rechtzeitig für das Hochschulmodernisierungsprogramm des Landes. Aufgrund der in den Folgejahren stark steigenden Studierendenzahlen wurde auf die eigentlich vorgesehene Zwischennutzung von Teilen des neuen Fachhochschulgebäudes durch die Universität Bielefeld verzichtet und 2015 konnten alle Bielefelder Fachbereiche bis auf den Fachbereich Gestaltung das neue Gebäude beziehen.

Handlungsbedarf bestand auch im Bereich von Forschung und Entwicklung. Zwar gab es einige wenige sehr erfolgreiche Akteurinnen und Akteure, es fehlten aber eine breitere Basis und nachhaltige Strukturen. Zur Unterstützung wurde deshalb ein Bündel von Maßnahmen ergriffen. Dazu gehörten die Einrichtung einer unterstützenden Einheit in der Verwaltung (F.I. TT.-Team), die Schaffung eines Forschungsfonds für Neuberufene, die Einrichtung von Forschungsprofessuren und die hochschulinterne Förderung von Forschungsverbünden. Diese Forschungsverbünde mussten bestimmten Kriterien genügen und wurden regelmäßig evaluiert. Bei positiver Evaluation erhielten sie Mittel, aus denen insbesondere eine Geschäftsstelle finanziert werden konnte. Auf diese Weise konnten die Forschungsaktivitäten deutlich gesteigert werden.

In order to support the utilisation of the increased number of places for beginners, a central office for study orientation and study marketing was also established – the nucleus of today's student counseling service.

One problem with regard to the attractiveness of the university and the expansion plans was the building situation at the time. None of the buildings spread across the city had been erected for university purposes, and some of them had considerable structural deficiencies. The space available to the individual departments had grown historically and was not aligned with the current and planned needs, so that a balance had to be created here at short notice. This naturally met with resistance, especially in the Faculty of Design, which had the amplest square metres.

The former rector Heinrich Ostholt had already looked for possibilities of a spatial concentration and considered the area Am Stadtholz. However, authorities equipped with barbed wire and surveillance cameras were housed there, and it was not foreseeable that they would be relocated. A joint campus with the University of Bielefeld then appeared to be the ideal solution. In 2005, initial talks were held with the university management, which wanted to prevent the building and property management of North Rhine-Westphalia (BLB NRW), as the owner, from selling off the reserve land in the vicinity of the university and thus depriving the university of long-term development opportunities. In fact, it was possible to get the BLB NRW on board, which initiated firstly an urban planning competition in 2007 and a competition for general planners the following year, from which a winner emerged in 2009 – in time for the state's university modernisation programme. Due to the sharp increase in student numbers in the following years, the University of Bielefeld decided against the originally planned interim use of parts of the new UAS building, and in 2015 all of Bielefeld's faculties were able to move into the new building, with the exception of the Faculty of Design.

There was also a need for action in the area of research and development. Although there were a few very successful actors, there was a lack of a broader base and sustainable structures. A bundle of measures was therefore taken to support this. These included the establishment of a supporting unit in the administration (F.I.TT.-team), the creation of a research fund for new professors, the establishment of research professorships and internal university funding for research networks. These research networks had to meet certain criteria and were evaluated regularly. If the evaluation was positive, they received funding, which could be used in particular to finance an office. In this way, research activities could be significantly increased.

In 2010, a cooperation agreement was concluded with University of Bielefeld for the implementation of cooperative doctorates, which included a form in the appendix defining the rights and obligations of the respective participants. Building on this cooperation, in 2012 the Bielefeld UAS and the University of Bielefeld participated in the state call for proposals for six cooperative research training groups and were very successful with two applications.

Another state call for tenders had led to unexpected results for the Bielefeld UAS (and some other universities of applied sciences). In 2008, the expansion competition for universities of applied sciences called for the establishment of three new technical and scientific universities of applied sciences, each with 2,500 study places, as well as the expansion of existing universities of applied sciences with a total of 2,500 study places. Together with the neighbouring universities of applied sciences

Im Jahr 2010 wurde ein Kooperationsvertrag mit der Universität Bielefeld zur Durchführung kooperativer Promotionen abgeschlossen, der im Anhang ein Formular zur Definition von Rechten und Pflichten der jeweils Beteiligten enthielt. Auf diese Kooperation aufbauend, beteiligten sich FH Bielefeld und Universität Bielefeld 2012 bei der Landesausschreibung von sechs kooperativen Graduiertenkollegs und waren dabei gleich mit zwei Anträgen sehr erfolgreich.

Eine andere Landesausschreibung hatte für die FH Bielefeld (und einige andere Fachhochschulen) zu unerwarteten Ergebnissen geführt. Im Ausbauwettbewerb Fachhochschulen waren 2008 der Aufbau von drei neuen technisch-naturwissenschaftlich ausgerichteten Fachhochschulen mit jeweils 2.500 Studienplätzen sowie der Ausbau bestehender Fachhochschulen mit in der Summe ebenfalls 2.500 Studienplätzen ausgeschrieben worden. Die FH Bielefeld hatte sich gemeinsam mit den benachbarten Fachhochschulen Münster, Ostwestfalen und Südwestfalen mit einem ›Westfalenantrag‹ beteiligt. Sie hatte dabei gemeinsam mit Akteuren aus dem Kreis Gütersloh den Aufbau eines neuen Studienortes in Gütersloh beantragt. Dieser Antrag war nicht erfolgreich – stattdessen erhielt die FH Bielefeld den Auftrag, den Standort Minden um 500 Studienplätze zu erweitern. Regionale Akteure hatten hier die Neugründung einer Fachhochschule beantragt. Nach dieser Vorgeschichte verwundert es nicht, dass es einige Zeit dauerte, bis sich die verschiedenen Organisationen und Personen über ihre jeweilige Rolle beim Ausbau des Standortes verständigen konnten. Anschließend verlief der Aufbau dann allerdings sehr erfolgreich. Die Zielzahlen konnten bereits zwei Jahre früher als geplant erreicht werden und 2015 konnte ein attraktiver Neubau auf dem Campus Minden in Betrieb genommen werden.

Da die Zusammenarbeit mit den Akteuren in Gütersloh im Rahmen der Ausschreibung sehr konstruktiv verlaufen war und interessante Perspektiven bot, wurde beschlossen, das dortige Vorhaben auch ohne spezielle Landesmittel zu realisieren, zunächst aus Hochschulpaktmitteln. Für Minden und Gütersloh wurde gemeinsam mit Unternehmen ein neues Studienformat entwickelt, das eine möglichst hohe Studienerfolgsquote sichern sollte – weisen technische Studiengänge doch vielfach besonders hohe Abbruchquoten auf. Bei diesen praxisintegrierten Studiengängen werden Lernphasen in der Hochschule mit solchen in Unternehmen curricular verzahnt. Die Unternehmen wählen ihre Studierenden aus und schließen mit ihnen einen Vertrag ab, der eine berufliche Ausbildung beinhalten kann, aber nicht muss. Früh im Studienverlauf bearbeiten die Studierenden Praxisprojekte, wodurch das Niveau der Bachelorarbeiten gesteigert werden kann. Zum Aufbau und zur Pflege der Kontakte mit den Unternehmen wurde eine spezielle Stelle eingerichtet.

Die Hoffnungen hinsichtlich des Studienerfolgs haben sich erfüllt. Die Abbruchzahlen sind sehr gering, die Regelstudienzeit wird fast immer eingehalten. Die praxisintegrierten Studiengänge haben so das differenzierte Angebot an Studienformaten mit klassischen Präsenzstudiengängen, dualen Studiengängen und Verbundstudiengängen (70 Prozent Fernstudienelemente und 30 Prozent Präsenzlehre) sinnvoll ergänzt.

Eine lange Tradition hat an der FH Bielefeld eine aktive Gleichstellungspolitik. Bereits 1989 richtete sie die Stelle einer Frauenbeauftragten ein. Als 2003 das erste Leitbild formuliert wurde, war Geschlechtergerechtigkeit einer von neun dort aufgenommenen Punkten. Bei einem 2012 durchgeführten hochschulweiten Workshop

in Münster, East Westphalia and South Westphalia, Bielefeld UAS had submitted a ›Westphalia application‹. Together with stakeholders from the district of Gütersloh, it applied for the establishment of a new study location in Gütersloh. This application was not successful – and instead the Bielefeld UAS was given the task of expanding the Minden location by 500 study places. Regional actors had applied for the reestablishment of a university of applied sciences here. After this history, it is not surprising that it took some time for the various organisations and individuals to agree on their respective roles in the expansion of the location. Subsequently, however, the development was very successful. The target numbers were reached two years earlier than planned and in 2015 an attractive new building on the Campus Minden was put into operation.

Since the cooperation with the stakeholders in Gütersloh had been very constructive in the context of the call for proposals and offered interesting perspectives, it was decided to realise the project there without special state funding, initially from Higher Education Pact funds. For Minden and Gütersloh, a new study format was developed together with companies to ensure the highest possible success rate – after all, technical degree programmes often have particularly high drop-out rates. In these work-integrated degree programmes, learning phases at the university are curricularly interlinked with those in companies. The companies select their students and conclude a contract with them, which can include vocational training, but does not have to. Early in the course of study, students work on practical projects, which can raise the level of the Bachelor's theses. A special office has been set up to establish and maintain contacts with companies.

The hopes regarding the success of the studies have been fulfilled. The number of dropouts is very low, and the standard period of study is almost always adhered to. The work-integrated study programmes have thus usefully supplemented the differentiated range of study formats with classic face-to-face study programmes, dual study programmes and combined study programmes (70 per cent distance learning elements and 30 per cent face-to-face teaching).

The Bielefeld UAS has a long tradition of an active equal opportunities policy. As early as 1989, it established the position of a women's representative. When the first mission statement was formulated in 2003, gender equality was one of nine points included there. Successful equality played an important role in a university-wide workshop on self-image held in 2012. In the meantime, in addition to the central equal opportunities officer, there were decentralised officers in the individual areas, as well as centralised and decentralised support plans and successes that could be pointed to: In 2009, the university was awarded the unique gender prize of the North Rhine-Westphalian Ministry of Science, the gender report 2010 of the NRW women's research network had certified it as having a »remarkable gender profile« and highlighted the above-average proportion of women among the professorate, in the performance-oriented allocation of funds by the Ministry in 2012 it was identified as the university with the highest proportion of women among the professorate, and the successes in the first and second rounds of the federal government's programme for women professors offered opportunities for successful further development. Thematically, the focus was expanded to include equal opportunities and diversity.

In 2011, the deans of the two largest faculties approached the Presidential Board with the request to consider entering into system accreditation. In the Faculty

zum Selbstverständnis spielte erfolgreiche Gleichstellung eine wichtige Rolle. Inzwischen gab es neben der zentralen Gleichstellungsbeauftragten dezentrale Beauftragte in den einzelnen Bereichen, außerdem zentrale und dezentrale Förderpläne und Erfolge, auf die man verweisen konnte: Im Jahr 2009 erhielt die Hochschule den einmalig vergebenen Genderpreis des nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministeriums, der Genderreport 2010 des Netzwerkes Frauenforschung NRW hatte ihr ein »bemerkenswertes Gender-Profil« bescheinigt und den überdurchschnittlichen Frauenanteil bei der Professorenschaft hervorgehoben, in der leistungsorientierten Mittelverteilung der Ministeriums 2012 wurde sie als die Hochschule mit dem höchsten Frauenanteil in der Professorenschaft ausgewiesen und die Erfolge in der ersten und zweiten Runde des Professorinnenprogramms des Bundes boten Chancen für eine erfolgreiche Weiterentwicklung. Thematisch wurde der Fokus um Chancengleichheit und Diversity erweitert.

2011 kamen die Dekane der beiden größten Fachbereiche auf das Präsidium zu mit der Bitte, einen Einstieg in die Systemakkreditierung zu prüfen. In den Fachbereichen Ingenieurwissenschaften und Mathematik sowie Wirtschaft und Gesundheit waren alle Studiengänge akkreditiert und zum Teil bereits reakkreditiert worden und bei Paketakkreditierungen waren die Fragen der Gutachtergruppen vor allem auf das Funktionieren des Qualitätsmanagements gerichtet. Von einer weiteren Programmakkreditierung versprach man sich allgemein keinen relevanten Zusatznutzen.

Gemeinsam mit den Fachhochschulen Dortmund und Hannover wurde zunächst mit Unterstützung der Evaluationsagentur Baden-Württemberg (evalag) eine Bestandsaufnahme des Qualitätsmanagements in der Lehre vorgenommen. Die Hochschule kam dabei zu dem Schluss, über eine ausreichende Selbststeuerungsfähigkeit für eine Systemakkreditierung zu verfügen, und stellte einen entsprechenden formalen Antrag. Der weitere Prozess war dann sehr interessant, immer wieder gab es neue Überraschungen, Baustellen und Lücken und es zeigte sich mehrfach, dass es zwar Vorstellungen gab, wie bestimmte Fragen bearbeitet werden sollten, dass die tatsächlichen Abläufe aber völlig anders waren. Der Abgleich von Prozessbeschreibungen und realem Geschehen wird voraussichtlich ein Dauerthema an den Hochschulen bleiben, wenn sie Qualitätsentwicklung ernst nehmen.

2021

Im zweiten Jahrzehnt des dritten Jahrtausends wurden einerseits zuvor begonnene Projekte fortgeführt und zu einem vorläufigen Abschluss gebracht. Dazu gehörte die engere Zusammenarbeit der vormals getrennten DV-Bereiche sowie von DV und Bibliothek unter einem gemeinsamen Planungsdach. Ziel war eine stärkere Standardisierung sowie die gemeinsame Identifizierung und abgestimmte Bearbeitung von Entwicklungsprojekten.

Um den Mindener Fachbereich Architektur und Bauingenieurwesen nicht zu überfordern, wurde der dortige Ausbau zunächst in einem gesonderten Fachbereich unter der Ägide des Präsidiums vorangetrieben. Von Anfang an war nach der Aufbauphase aber eine Zusammenlegung geplant, die dann auch vollzogen wurde, um ein einheitliches Auftreten vor Ort sicherzustellen. Ein attraktiver Neubau wurde 2015 fertiggestellt, ebenso wie der Neubau in Bielefeld – dieser allerdings mit

of Engineering and Mathematics and the Faculty of Business and Health, all study programmes had been accredited and some had already been re-accredited, and in the case of package accreditations, the questions of the expert groups were primarily directed at the functioning of quality management. In general, no relevant additional benefit was expected from a further programme accreditation.

Together with the universities of applied sciences in Dortmund and Hanover, a stocktaking of the quality management in teaching was first carried out with the support of the Evaluation Agency Baden-Württemberg (evalag). The University came to the conclusion that it had sufficient self-control capacity for system accreditation and submitted a corresponding formal application. The further process was then very interesting, there were always new surprises, construction sites and gaps and it became apparent several times that although there were ideas on how certain questions should be dealt with, the actual processes were completely different. The comparison of process descriptions and real events will probably remain a permanent topic at the universities if they take quality development seriously.

2021

In the second decade of the third millennium, on the one hand, previously started projects were continued and brought to a provisional conclusion. This included closer cooperation between the previously separate data-processing (DP) areas as well as between DP and the library under a common planning umbrella. The goal was greater standardisation as well as the joint identification and coordinated processing of development projects.

In order not to overburden the Minden Faculty of Architecture and Civil Engineering, the expansion there was initially pursued in a separate faculty under the aegis of the presidency. From the beginning, however, a merger was planned after the development phase, which was then also carried out to ensure a uniform appearance on site. An attractive new building was completed in 2015, as was the new building in Bielefeld - albeit with a considerable delay and significantly increased costs. The new building in Bielefeld had had to be planned since 2008 with the student and employee numbers of 2007, the increase in the framework of the Higher Education Pact was still seen by politicians at the time as a temporary phenomenon.

It was already clear during the construction phase that the new building would be too small to cope with the strong growth, and further planning was initiated. Further challenges were the expansion and long-term safeguarding of the Gütersloh study location. Here, too, the new Executive Board succeeded in seizing opportunities. Since 2015, this Executive Board has also set itself the goal of greater internationalisation.⁹

Identifying and exploiting development opportunities for students, professors, staff and for the university as an organisation will continue to be an important goal for the Bielefeld UAS in the future.

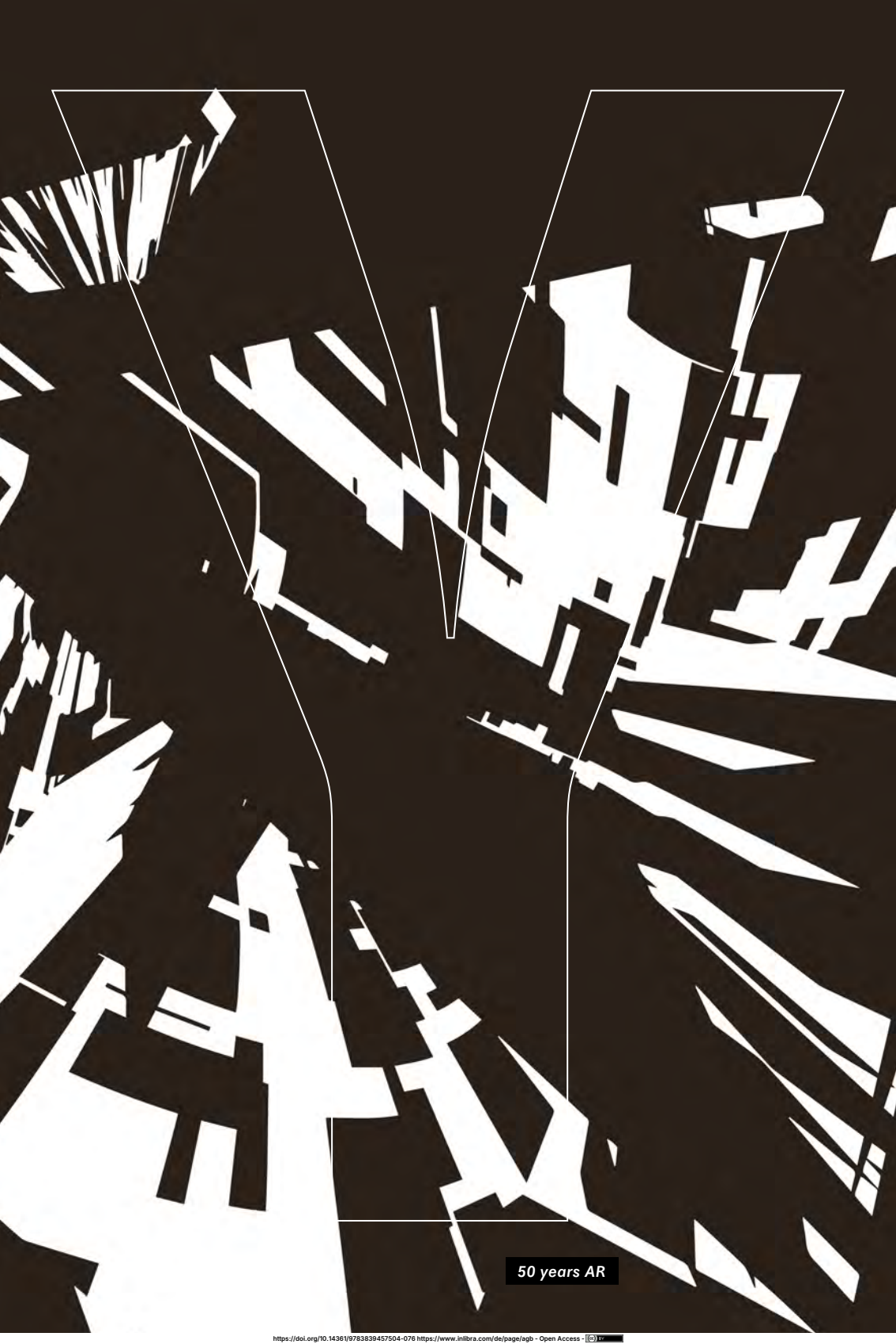
9 In addition, there have been unplanned challenges, such as the Corona crisis in 2020/2021. The contributions of the current Executive Board members and those of other colleagues provide information about developments since 2015.

erheblicher Verzögerung und deutlich gestiegenen Kosten. Der Bielefelder Neubau hatte seit 2008 mit den Studierenden- und Beschäftigtenzahlen von 2007 geplant werden müssen, der Aufwuchs im Rahmen des Hochschulpaktes wurde damals von der Politik noch als eine vorübergehende Erscheinung angesehen.

Bereits während der Bauphase war klar, dass der Neubau zu klein sein würde, um das starke Wachstum bewältigen zu können, und es wurde eine weitere Planung in Angriff genommen. Weitere Herausforderungen waren der Ausbau und die langfristige Absicherung des Studienortes Gütersloh. Auch hier gelang es dem neuen Präsidium, Möglichkeiten zu nutzen. Dieses Präsidium setzte sich seit 2015 außerdem eine stärkere Internationalisierung zum Ziel.⁹

Entwicklungschancen für Studierende, Professorinnen und Professoren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für die Hochschule als Organisation zu erkennen und zu nutzen, wird auch in der Zukunft ein wichtiges Ziel der FH Bielefeld sein.

9 Hinzu kamen bis heute ungeplante Herausforderungen etwa durch die Coronakrise 2020/2021. Über die Entwicklungen seit 2015 geben die Beiträge der aktuellen Präsidiumsmitglieder und die der anderen Kolleginnen und Kollegen Auskunft.



50 years AR